

Forderungspapier des Landeselternausschusses für Kitas in Rheinland-Pfalz (LEA RLP)

anlässlich der Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD

Zum Start der Koalitionsverhandlungen appelliert der Vorstand des Landeselternausschusses für Kitas in Rheinland-Pfalz (LEA RLP) an die verantwortlichen Parteien, die Belange von Kindern, Familien und frühkindlicher Bildung in den Mittelpunkt der politischen Vereinbarungen zu stellen. Kitas sind Bildungs- und Demokratieorte, soziale Räume und zentrale Unterstützungssysteme für Familien und ihre Qualität entscheidet maßgeblich über Chancengerechtigkeit.

Wir fordern daher:

1. Beitragsfreiheit ab dem zweiten Lebensjahr erhalten

Die gesetzlich verankerte Beitragsfreiheit für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr ist ein zentraler Beitrag zur Chancengleichheit und zur finanziellen Entlastung von Familien. Sie ermöglicht allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den Zugang zu frühkindlicher Bildung und stärkt zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Diese Errungenschaft darf weder infrage gestellt noch schleichend ausgehöhlt werden etwa durch zusätzliche Gebühren, reduzierte Betreuungsumfänge oder indirekte Kostensteigerungen. Bildung muss in Rheinland-Pfalz weiterhin beitragsfrei und niedrigschwellig zugänglich bleiben.

2. Sprachförderung ausbauen und systematisch verankern

Frühe Sprachförderung ist ein entscheidender Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Sie legt die Grundlage für den weiteren Bildungsweg und beeinflusst maßgeblich den Übergang in die Grundschule.

Sprachförderung darf daher nicht von zeitlich befristeten Programmen oder projektbezogenen Förderungen abhängen, sondern muss dauerhaft, flächendeckend und qualitätsgesichert im Kita-Alltag verankert sein. Dazu gehören alltagsintegrierte Sprachbildung ebenso wie gezielte Förderangebote für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Wir fordern eine nachhaltige strukturelle Absicherung der Sprachförderung durch verlässliche Ressourcen, klare Qualitätsstandards und eine entsprechende Qualifizierung des Personals.

3. Personalschlüssel perspektivisch verbessern

Eine gute Qualität in der frühkindlichen Bildung steht und fällt mit den personellen Rahmenbedingungen. Der derzeitige Personalschlüssel wird den Anforderungen an Bildung, Erziehung und Betreuung vielerorts nicht gerecht und führt zu einer erheblichen Belastung der Fachkräfte.

Es braucht daher eine klare politische Zielperspektive mit einem verbindlichen Entwicklungspfad zur Verbesserung des Personalschlüssels. Nur so kann gewährleistet werden, dass Kitas wieder stärker Orte qualitativ hochwertiger Bildung, individueller Förderung und verlässlicher Beziehungsgestaltung werden.

Eine Verbesserung des Personalschlüssels ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für Fachkräftegewinnung und -bindung und damit für die langfristige Stabilität des Systems.

4. Anreize für Vertretungskräfte schaffen und personelle Ausfälle absichern

Der Ausfall von Fachkräften führt in vielen Kitas regelmäßig zu Einschränkungen bis hin zum Notbetrieb. Dies belastet Kinder, Eltern und Fachkräfte gleichermaßen und beeinträchtigt die Qualität der pädagogischen Arbeit erheblich.

Um eine verlässliche und bedarfsgerechte Bildung, Erziehung und Betreuung sicherzustellen, sind gezielte Maßnahmen zur Gewinnung und Finanzierung von Vertretungskräften erforderlich. Dazu gehören unter anderem flexible Personalpools, verbesserte Arbeitsbedingungen sowie klare finanzielle Anreize für Träger.

Es darf nicht länger strukturell begünstigt werden, personelle Engpässe durch Notbetrieb zu kompensieren, anstatt in ausreichende personelle Ressourcen zu investieren. Ziel muss ein System sein, das Ausfälle verlässlich auffangen kann und so Kontinuität für Kinder und Familien gewährleistet.

5. Elternmitwirkung stärken und verbindlicher gestalten

Die gesetzlich verankerte Elternmitwirkung ist ein zentraler Bestandteil des Kita-Systems in Rheinland-Pfalz und Ausdruck gelebter Bildungs- und Erziehungspartnerschaft. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass ihre Umsetzung stark variiert und häufig von der Haltung einzelner Träger oder Leitungen abhängt.

Wir fordern daher eine landesweit verbindlichere Ausgestaltung der Elternmitwirkung, klare Standards und Transparenz bei der Umsetzung gesetzlicher Mitwirkungsrechte, sowie eine konsequentere Kontrolle und Durchsetzung durch die Aufsichtsbehörden.

Elternmitwirkung darf nicht vom Wohlwollen Einzelner abhängen, sondern muss als fester Bestandteil der Qualitätssicherung in allen Kitas verlässlich gewährleistet sein. Dafür braucht es neben klaren gesetzlichen Vorgaben auch unterstützende Maßnahmen wie verpflichtende Schulungen für Träger und Leitungen.

6. Bekenntnis zum Kita-Beirat

Der Kita-Beirat ist ein bedeutendes demokratisches Gremium und bundesweit einzigartig. Dort kommen alle Beteiligten der Verantwortungsgemeinschaft zusammen, um gemeinsam – unter Einbeziehung der Kinderperspektive – über zentrale Fragen der Kita-Qualität zu beraten.

Das partizipativ angelegte Kita-System benötigt dieses Gremium, um vor Ort bedarfsgerechte Familienunterstützung sicherzustellen. Wir erwarten daher ein klares politisches Bekenntnis zum Kita-Beirat und seiner Stärkung.

7. Frühkindliche Bildung und Schule gemeinsam denken – Zuständigkeiten in einem Bildungsministerium bündeln

Frühkindliche Bildung und schulische Bildung sind zwei aufeinander aufbauende Phasen im Bildungsweg eines Kindes und dürfen nicht getrennt voneinander gedacht oder gesteuert werden. Eine kohärente Bildungspolitik erfordert, dass Übergänge gelingend gestaltet, Bildungsprozesse aufeinander abgestimmt und gemeinsame Qualitätsstandards entwickelt werden.

Die Aufteilung der Zuständigkeiten auf unterschiedliche Ministerien hat in der Vergangenheit gezeigt, dass dies zu Abstimmungsproblemen und inkonsistenten bildungspolitischen Entscheidungen führen kann. Insbesondere an der Schnittstelle zwischen Kita und Grundschule entstehen dadurch strukturelle Brüche, die sich negativ auf Kinder, Familien und Fachkräfte auswirken.

Wir fordern daher, die Zuständigkeiten für frühkindliche Bildung und Schule weiterhin in einem gemeinsamen Bildungsministerium zu bündeln. Bildung muss aus einer Hand geplant, gesteuert und weiterentwickelt werden, um Kontinuität, Qualität und Chancengerechtigkeit entlang der gesamten Bildungsbiografie sicherzustellen.

8. Trägerqualität steigern – Professionalisierung gesetzlich stärken

Die Trägerqualität ist mitentscheidend bei einer zuverlässigen und bedarfsgerechten Bildung, Erziehung und Betreuung unserer Kinder sowie bei der Umsetzung der Elternmitwirkung. Es gibt aktuell keine wirksamen Sanktionsmöglichkeiten, wenn gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten werden. Aus Gründen der Professionalisierung und des Kinderschutzes braucht es hier mehr Handlungsmöglichkeiten für die Aufsichtsbehörden.

Bei Verstößen gegen Elternmitwirkungsrechte fordern wir ein abgestuftes Sanktionssystem von verpflichtenden Schulungen über Verwarnungen bis hin zur Aberkennung der Trägerschaft bei wiederholter Missachtung.

9. Kein verpflichtendes Vorschuljahr

Ein verpflichtendes Vorschuljahr lehnen wir entschieden ab. Frühkindliche Bildung muss sich an den individuellen Entwicklungsständen und Bedürfnissen der Kinder orientieren und nicht an starren schulähnlichen Strukturen. Die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres birgt die Gefahr, den Bildungsauftrag der Kitas zu verschulen und den ganzheitlichen Ansatz frühkindlicher Bildung zu schwächen.

Statt zusätzlicher Verpflichtungen braucht es eine Stärkung der bestehenden Bildungsarbeit in den Kitas, bessere personelle und strukturelle Rahmenbedingungen, sowie eine enge, kooperative Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen.

Der Übergang in die Schule muss kindgerecht, flexibel und individuell gestaltet werden und nicht durch verpflichtende Standardisierung.

Abschließender Appell

Die Qualität der frühkindlichen Bildung ist eine der zentralen Zukunftsfragen unseres Landes. Sie entscheidet maßgeblich über Chancengerechtigkeit, Bildungsbiografien und gesellschaftliche Teilhabe. Investitionen in Kitas sind daher keine freiwillige Leistung, sondern eine grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige, demokratische und gerechte Entwicklung unserer Gesellschaft.

Wir erwarten von den Koalitionspartnern, dass sie die Perspektiven von Kindern, Familien und Fachkräften konsequent in den Mittelpunkt ihrer politischen Entscheidungen stellen und die notwendigen strukturellen Verbesserungen verbindlich im Koalitionsvertrag verankern.

Dabei braucht es nicht nur Absichtserklärungen, sondern konkrete, überprüfbare Maßnahmen, verlässliche Zeitpläne und eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Nur so kann das bestehende System stabilisiert und zukunftsfähig weiterentwickelt werden.

Die Herausforderungen im Kita-System sind seit Jahren bekannt. Umso entscheidender ist es jetzt, den politischen Willen zu zeigen, diese auch konsequent anzugehen. Halbherzige Lösungen oder weitere Verzögerungen gehen zulasten der Kinder und Familien in Rheinland-Pfalz.

Der Vorstand des Landeselternausschusses Rheinland-Pfalz steht bereit, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten, erwartet im Gegenzug ein klares politisches Bekenntnis und spürbare Verbesserungen in der Praxis.